Deutscher Bundestag
5. Wahlperiode

Drucksache V/3081

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Müller (Berlin), Kühn (Hildesheim), Dr. Franz, Dr. Freiwald, Lampersbach, Ruf und Genossen

betr. **soziale Sicherung für Zuwanderer aus der sowjetischen Besatzungszone**

Immer wieder wird in Unkenntnis der bestehenden grundlegend unterschiedlichen Rechtssysteme darüber Klage geführt, daß Zuwanderer aus der SBZ unter gewissen Umständen in der Bundesrepublik nicht einmal die im anderen Teil Deutschlands gewährte „Grundrente der Invaliden- und Angestelltenversicherung" erreichen?

Im Zusammenhang damit wird dann in der Regel die aus politischen und psychologischen Gründen notwendige „Gesetzliche Anpassung" gefordert.

Wir fragen deshalb die Bundesregierung:

1. Ist der Bundesregierung bekannt, daß Zuwanderer aus der sowjetischen Besatzungszone vereinzelt in der Bundesrepublik eine geringere Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung erhalten als sie vorher in der sowjetischen Besatzungszone erhalten haben?
2. Wie beurteilt die Bundesregierung den Vorschlag, durch entsprechende gesetzliche Bestimmungen sicherzustellen, daß eine in der sowjetischen Besatzungszone gezahlte Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung in gleicher Höhe in der Bundesrepublik weitergezahlt wird?
3. Welche sonstigen Möglichkeiten sieht die Bundesregierung um sicherzustellen, daß Rentnern bei einer Übersiedlung aus der sowjetischen Besatzungszone in die Bundesrepublik die Mittel für den notwendigen Lebensunterhalt zur Verfügung stehen?
4. Ist gewährleistet, daß Zuwanderer aus der sowjetischen Besatzungszone unverzüglich und umfassend über ihre Ansprüche gegenüber Sozialleistungsträgern unterrichtet werden und welche Schritte könnten gegebenenfalls zur Erreichung dieses Zieles unternommen werden?

Druck: Buchdruckerei Peter Meier, 5201 Buisdorf/Siegburg
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, 532 Bad Godesberg, Postfach 821, Goethestraße 54, Tel. 6 35 51

5. Ist die Bundesregierung bereit, darüber hinaus, beispielsweise über die wichtigsten Publikationsorgane, auch die Öffentlichkeit umfassend über die Ansprüche der Zuwanderer aus der sowjetischen Besatzungszone gegenüber den bestehenden Leistungsträgern aufzuklären?

Bonn, den 25. Juni 1968

Müller (Berlin)
Kühn (Hildesheim)
Dr. Franz
Dr. Freiwald
Lampersbach
Ruf
Dr. Althammer
Balkenhol
Brese
Budde
Exner
Geisenhofer
Gewandt
Härzschel
Lemmrich
Lenz (Brühl)
Leukert
Dr. Martin
Ott
Riedel (Frankfurt)
Dr. Ritz
Russe (Bochum)
Prinz zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein
Frau Dr. Schwarzhaupt
Springorum
Dr. Steinmetz
Weimer
Winkelheide
Ziegler